

EINZELHANDELSVERBAND OSTWESTFALEN E.V.

An den
Herrn Stadtdirektor

Bad Oeynhausen



Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

BIELEFELD

Postfach 1609, Oberrstr. 24

III/T. 29.5.1952

Betreff

Sehr geehrter Herr Stadtdirektor !

Der mittelständische Einzelhandel von Bad Oeynhausen und Umgebung und zweifellos auch das Handwerk sieht mit wachsender Sorge die nach wie vor ungeklärte Situation in der Frage der Räumung der Stadt Bad Oeynhausen und damit Freigabe des Staatsbades. Aus diesem Grunde nahm der Unterzeichnete auch bei einer am 14.5. 1952 in Bielefeld stattgefundenen Versammlung des ostwestfälischen Einzelhandels Gelegenheit, den zu dieser Versammlung erschienenen Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Dr. Sträter, auf die sehr ernste Situation in Bad Oeynhausen hinzuweisen. Insbesondere wurden hierbei die nachstehenden Erwägungen dem Herrn Minister vorgetragen :

Bei einer militärischen Dienststelle und nicht zuletzt bei dem Hauptquartier einer Armee wäre es durchaus möglich, dass aus militärischen oder auch aus politischen Erwägungen eine sehr plötzliche Verlegung erfolgen könne. Deutsche Erfahrungen hätten das wiederholt bewiesen. Wenn eine derartige Verlegung vor allem aus militärischen Gründen durchgeführt wird, dürfte aber kaum anzunehmen sein, dass hiervon dann zivile deutsche Dienststellen v o r h e r unterrichtet werden.

Ferner spiele - worauf wir Herrn Dr. Sträter ebenfalls hinwiesen, - bei den Geheimberatungen um den Generalvertrag die deutsche Forderung auf Auflösung der bei der Besatzungsmacht beschäftigten deutschen Arbeitseinheiten eine wesentliche Rolle. Eine solche Auflösung könne u.U. auch einmal plötzlich durchgeführt werden. Auf das hierdurch dann für die Stadt Bad Oeynhausen entstehende Arbeitslosenproblem hat, soweit wir unterrichtet sind, die Stadtverwaltung bereits die zuständigen Stellen warnend hingewiesen.

- 2 -

Der Herr Wirtschaftsminister wurde von uns weiter darauf aufmerksam gemacht, dass sich bei einer aus irgendwelchen Gründen erfolgenden plötzlichen Räumung der Stadt und damit auch Freigabe des Staatsbades unter Berücksichtigung der augenblicklichen Verhältnisse ein sehr gefährliches Vakuum ergeben könnte. Denn bis zur möglichen Wiederinbetriebnahme des Staatsbades mit all seinen Anlagen, bis zur Wiederherstellung des meist anderen Zweckbestimmungen zugeführten und z.T. verwahrlosten Beherbergungsraumes müsste immerhin mit einem langen Zeitraum gerechnet werden. Ein solches Vakuum würde sich dann vor allem auch auf Handel und Gewerbe in Bad Oeynhausen und Umgebung in ernstester Form auswirken können. Hier rechtzeitig die Zusammenhänge zu sehen und vorzuplanen wäre zweifellos Aufgabe der Länderregierung.

Herr Minister Dr. Sträter erklärte in seiner Antwort zunächst, dass es über die Beurteilung der Situation im Kabinett nur eine Meinung gebe und im Landtag keinerlei parteipolitische Unterschiede in dieser Frage vorhanden seien. Bad Oeynhausen sei ein einmaliger Fall. Die Beschlagnahme der Bäder sei ein "Skandal". (Die Erklärung erfolgte in einem geschlossenen Kreise !) Die von dem Unterzeichneten gebrachten Hinweise erschienen dem Minister ernst genug, um zu erklären, dass er der Angelegenheit seine besondere Beachtung schenken und die Angelegenheit im Kabinett vorbringen werde.

Wir wollten nicht versäumt haben, die Stadtverwaltung Bad Oeynhausen von der vorstehenden Erklärung des Herrn Staatsminister Dr. Sträter zu unterrichten. Wir bitten gleichzeitig aus unseren Darlegungen zu entnehmen, dass wir im Interesse von Handel und Gewerbe bestrebt sind, zu unserem Teil bei den zuständigen Stellen mit dahinzuwirken, dass sich nicht eines Tages für die Bevölkerung und für die Wirtschaft in Bad Oeynhausen noch weitere nachteilige Folgewirkungen aus der Besetzung der Stadt ergeben.

Abschrift dieses Schreibens lassen wir Herrn Kreistagsabgeordneten Oberbeck und der Kreishandwerkerschaft Bad Oeynhausen zugehen.

Einzelhandelsverband Ostwestfalen e.V.
- Geschäftsführung -

i.A.



(Gretschner)